

Behördenbüros der Stadt untergebracht, die "dort nicht hingehören". Zhu wurde freilich während der Pressekonzferenz in Hongkong daran erinnert, daß der Bürgermeister selber seinen offiziellen Amtssitz im ehemaligen Haus der Hongkong and Shanghai Banking Corporation habe, wo sich die Kommunisten nach dem Rauswurf der Banken 1949 als Mieter einquartiert hatten.

Die Banken in Hongkong haben die Ausführungen des Bürgermeisters zur Revitalisierung des Bankenplatzes Shanghai mit Interesse, aber auch mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Man befürchtet, daß in Shanghai nichts als Spesen anfallen werden, daß den Banken die Hände gebunden sind und die Restriktionen zu groß sind. Ein seit langem existierender Plan der deutschen DG-Bank, in der Sonderwirtschaftszone Xiamen eine Niederlassung als Joint Venture mit einer chinesischen Bank aufzumachen, liegt seit geraumer Zeit auf Eis, da auch in diesem Falle die Lokalbehörden nicht halten konnten, was sie versprochen hatten. Die Regionalstädte Chinas machen oft zu schnell Versprechungen gegenüber ausländischen Investoren, die der offiziellen Politik in Beijing zuwiderlaufen.

Die Visite des Bürgermeisters von Shanghai in Hongkong und Singapur hatte denn auch eher politische Bedeutung: Die Reformer in China haben sich zu Wort gemeldet und ein weiteres Mal die Widersprüche in der Führung über die Öffnungspolitik Chinas deutlich erscheinen lassen. Zhu hat als einziger Politiker Chinas einen "internationalen Beraterkreis" von 18 führenden Firmenchefs, dem als einziger Deutscher der Chef der Westdeutschen Landesbank, Friedel Neuber, angehört. (HB, 20.6.90) -lou-

*(36)

Zwischenlösung für Hermes-Bürgschaften geplant

Die deutsche Exportwirtschaft, die am China-Geschäft beteiligt ist, fordert von Bonn Entscheidungen über die Absicherung von Ausfuhrkrediten. Seit den blutigen Ereignissen vor einem Jahr sind Hermes-Bürgschaften gesperrt. Die deutschen Exporteure sehen sich dadurch diskriminiert. Sie verweisen darauf, daß die staatliche

Exportkreditversicherung in allen Konkurrenzländern wieder freigegeben worden ist. Es gibt inzwischen jedoch Hinweise, daß die Bundesregierung eine Zwischenlösung für die Risikoabdeckung für China in der Weise plant, daß Altgeschäfte versichert werden. Dabei handelt es sich um Geschäfte, die vor dem Juni 1989 ausgehandelt waren und für die eine grundsätzliche Zusage vorlag, daß die Finanzierung staatlich abgesichert werde.

Der Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Siegfried Lengl, hatte bereits Anfang April 1990 vor dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft den Eindruck erweckt, als werde das China-Geschäft wieder verbürgt. Lengl mußte sich dahingehend korrigieren, daß er nur von Absichten in der Bundesregierung gesprochen habe. Die Zustimmung des Auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums ist jedoch bis heute ausgeblieben. Die Verpflichtungen, die Bonn bereits für Hermes-Bürgschaften im China-Geschäft übernommen hat, belaufen sich auf 3,74 Mrd.DM.

Mit einer Freigabe der Hermes-Bürgschaften für China generell kann die Exportwirtschaft nicht rechnen, die Bundesregierung will das offenbar zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht entscheiden. Selbst wenn sie es wollte, stünde dem ein Beschluß des Bundestages entgegen. Im Bundestag ist auch noch keine Mehrheit erkennbar, den Beschluß aufzuheben, daß neue Kapitalhilfen in der Entwicklungszusammenarbeit und Hermes-Bürgschaften auszusetzen seien. Vor der Sommerpause will sich der Auswärtige Ausschuß noch einmal mit diesem Konflikt zwischen Politik und Kommerz befassen.

In einer internen Übersicht der Bundesregierung bestätigt sich, daß nur die Bundesrepublik zusammen mit Norwegen die Sperre für China-Bürgschaften strikt aufrechterhalten hat. Die meisten Regierungen haben sich für eine partielle Freigabe entschieden. So ist die Deckung kurzfristiger Geschäfte von Australien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Hongkong, Japan, Kanada, den Niederlanden und Zypern freigegeben worden. Für einen Teil der Länder gibt es auch von Fall zu Fall bei mittel- und langfristigen Krediten eine Deckung. Belgien gewährt Garantien innerhalb eines bestimmten Plafonds.

Eine begrenzte Deckung gilt für die Schweiz. Unbegrenzt werden Bürgschaften von Großbritannien, Italien, Österreich, Schweden, Spanien und den Vereinigten Staaten gewährt. Die Vereinbarungen in der Europäischen Gemeinschaft gestatteten es, wie es in Bonn heißt, in der Bürgschaftsvergabe für China flexibler zu verfahren.

Von wirtschaftlichem Interesse wäre im Augenblick hauptsächlich die Deckung für kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit bis zu 360 Tagen. Wenn die Bundesregierung die Deckung für Altgeschäfte freigäbe, beträfe das einige Aufträge. Der größte davon mit einem Wert von 160 Mio.DM ist von der SMS Schloemann-Siemag AG für ein Aluminium-Warmbandwalzwerk vereinbart. (FAZ, 13.6.90; vgl. auch C.a., April 1990, S.271) -lou-

Binnenwirtschaft

*(37)

Subventionen belasten den Staat

Die Zeitung *Finanznachrichten* beantwortete kürzlich eine Frage, die sich ausländische Besucher von städtischen chinesischen Haushalten fragen, nämlich: Warum gibt es in einem so armen Land wie China so viele elektronische Geräte, wie beispielsweise Farbfernsehgeräte? Dies ist in einem großen Ausmaße das Ergebnis von Regierungssubventionen an die städtischen Einwohner. Wegen der Regierungssubventionen brauchen städtische Bewohner nicht so viel für Miete, medizinische Behandlung, Transport, Wasser und Elektrizität und ähnliches zu zahlen. Sie können sich deswegen auf hochwertige dauerhafte Konsumgüter konzentrieren. Die finanzielle Belastung des Staates durch diese Subventionen sind indes immer schwerer zu verkraften.

Aufgrund von Statistiken ergibt sich, daß die Preissubventionen der Regierung oder Subventionen mit dem Ziel, die Wirkungen von Preiserhöhungen einiger Güter zu kompensieren oder den Verkaufspreis anderer Güter zu reduzieren, von ca. 1,1 Mrd.Yuan im Jahre 1987 auf 31,6 Mrd.Yuan im Jahre 1988 zunahmen. Die jährliche

durchschnittliche Zuwachsrate betrug fast 40% und überstieg bei weitem die Wachstumsrate der Regierungseinnahmen in Höhe von 8,2%. Inzwischen sind auch die Regierungssubventionen an verlustbringende Unternehmen dramatisch gestiegen, und zwar von 12,4 Mrd. Yuan im Jahre 1987 auf 44,6 Mrd. Yuan im Jahre 1988. Für das Jahr 1990 werden Gesamtsubventionen in Höhe von 106,3 Mrd. Yuan erwartet.

Einer der Defekte des Subventionssystems ist die ernsthafte Verschwendung von Gütern oder Dienstleistungen, die zu reduzierten Preisen verkauft oder angeboten werden. So beträgt beispielsweise für jedes Kilogramm des rationierten Getreides, das an einen städtischen Einwohner verkauft wird, der Anteil der Regierungssubventionen 0,38 Yuan.

Wegen der großen Preisdisparitäten zwischen rationiertem Getreide, was an die städtischen Einwohner verkauft wird, und dem Getreide, was auf dem Markt verkauft wird, hat die Profitsucht sehr stark zugenommen. Spekulanten kaufen Getreidekupons oder Getreide direkt von den ländlichen Einwohnern auf und verkaufen sie mit großem Gewinn an jene Menschen aus dem Lande, die in den Städten arbeiten.

Regierungssubventionen haben das wahre Gesicht der Waren dadurch entstellt, daß sich die Preise vom Wert getrennt haben.

Das System ist auch unfair, wenn man es landesweit betrachtet. Die Stadtregierung von Beijing gibt beispielsweise mehr als 3 Mrd. Yuan pro Jahr zum Nutzen der städtischen Einwohner aus, durchschnittlich sind dies mehr als 500 Yuan pro Kopf der Einwohner. Doch die Menschen in den ländlichen Gebieten erhalten viel weniger.

Um die niedrigeren Preise der Farmprodukte, die an die städtische Bevölkerung verkauft werden, aufrechtzuerhalten, müssen die ländlichen Einwohner einen großen Teil ihrer Produkte an den Staat zu niedrigeren Preisen verkaufen, als sie auf den Märkten erzielen würden.

Trotz dieser Defekte des Subventionssystems, die die *Finanznachrichten* zugab, ist diese Zeitung der Ansicht, daß die Bedingungen noch nicht reif sind, um die Subventionen abzuschaffen.

Im Sommer des Jahres 1988 versuchte die Regierung, die Preiskontrollen für die meisten Güter zu beseitigen, um die finanzielle Belastung zu verringern. Doch dies führte nur zu landesweiten Panikkäufen, wodurch die Regierung gezwungen war, die Sache noch einmal zu überdenken.

Im September 1988 entschied das Zentralkomitee der Partei auf einer Vollversammlung, die Reform des Marktpreissystems aufzuschieben. Später kündete die Regierung an, daß es fünf Jahre dauern werde oder noch mehr, um die bestehenden Systeme zu verändern.

In dem Artikel der *Finanznachrichten* hieß es weiter, daß das Subventionssystem die materiellen Interessen jedes Einwohners im Lande tangiere. Die Behörden müßten deshalb sehr sorgfältig jeden Schritt zur Veränderung überdenken. Jeder schnelle Versuch, das Volumen der Subventionen zu reduzieren, würde große Wirkungen für das Wirtschafts- und Sozialleben des Landes haben. (CD, 25.6.90) -lou-

*(38)

Warum Getreideimporte trotz Produktionserhöhung?

China importiert weiterhin Getreide, und zwar trotz ständiger Zuwächse bei den einheimischen Getreideernten. Ein Artikel vom 24. Mai 1990 in den *Internationalen Geschäftsnachrichten* erklärt, wie das Land die erstaunliche Leistung erbracht hat, 22% der Weltbevölkerung auf nur 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Welt zu ernähren.

In dem Artikel heißt es, daß die Getreideproduktion jährlich durchschnittlich um 2,5% seit 1949 angestiegen sei. In den letzten Jahren wurde insbesondere über Rekordernten jeweils in großer Aufmachung berichtet. Ausgehend von einer Basis in Höhe von 113,18 Mio.t Getreide im Jahre 1949 erreichte die Getreideernte im Jahre 1989 insgesamt 407,05 Mio.t, das war insgesamt ein Anstieg von 260% in den letzten vier Jahrzehnten.

Das einzigartige Rekordergebnis von 1989 war begleitet von Schwierigkeiten bei der Getreidelagerung, beim Transport und bei der Verteilung. Diese Situation trug dazu bei, daß das Bild ei-

nes Getreideüberschusses in China entstand. Dieses Bild sei falsch, so die Zeitung.

Tatsächlich zeigten die im Jahre 1989 aufgetretenen Phänomene, daß es sich nicht um ein überschüssiges Angebot handele, sondern eher um Engpässe im System.

Kader des Ministeriums für Landwirtschaft schrieben die aufgetauchten Schwierigkeiten beim Verkauf und der Lagerung von Getreide in einigen getreideproduzierenden Gegenden Mängeln bei den staatlichen Aufkaufsfonds und ungenügenden Lagerhäusern zu.

Der Staat kauft Getreide von den Bauern zu einem ausgehandelten Preis auf, während er das Getreide an die städtischen Einwohner zu einem niedrigeren staatlich fixierten Preis verkauft. Die Regierung muß dann für die Lücke zwischen diesen beiden Preisen aufkommen. Wenn die Regierungskassen überanstrengt sind, müssen die landwirtschaftlichen Aufkäufe verschoben werden.

Die eindrucksvolle Steigerung der Getreideproduktion geht einher mit einer Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzflächen und der Pro-Kopf-Getreideproduktion. Letzteres ist natürlich mit Chinas Bevölkerungswachstum verbunden.

Die Fläche des kultivierten Landes hat um durchschnittlich 9,6 Mio. Mu (15 Mu = 1 ha) jährlich zwischen 1984 und 1989 abgenommen. Pro-Kopf beläuft sich Chinas landwirtschaftliche Nutzfläche nur auf 1,3 Mu, das sind nur 31% des Weltstandards im Durchschnitt.

In der Zwischenzeit hat Chinas Bevölkerung jährlich um 15 Mio. in den letzten drei Jahren zugenommen. Die Pro-Kopf-Getreideproduktion ist von 394 kg im Jahre 1984 auf 366 kg im Jahre 1989 gefallen. Damit liegt die Pro-Kopf-Getreideproduktion in China unterhalb des Weltdurchschnitts.

Im nächsten Jahrzehnt wird ein weiterer Baby-Boom erwartet. Falls das Bevölkerungsplanungsprogramm des Landes Erfolg hat und China in der Lage ist, seine Bevölkerung unter 1,25 Mrd. im Jahre 2000 zu halten, müßte der Pro-Kopf-Getreideoutput 400 kg

erreichen und die gesamte Getreideernte sollte sich auf 500 Mio.t belaufen. Dies unter der Voraussetzung, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche um nahezu 200 Mio.Mu abgenommen haben wird.

Zusätzlich zu dem Problem, mehr Menschen zu ernähren, gesellt sich der steigende Bedarf an Getreide für andere Nutzungen. Steigende Mengen werden von der Industrie, von der Viehzucht sowie anderen Sektoren der Wirtschaft absorbiert. Im Jahre 1980 wurden mehr als 52,5 Mrd.kg Getreide für die Industrie, für die Nahrungsmittelverarbeitung und für Viehfutter benötigt. Diese Zahl wuchs auf 102,4 Mrd.kg im Jahre 1987. Der größte Anteil dieses Getreides wurde für Viehfutter benötigt.

Alle diese Faktoren erfordern es, daß China weiterhin Getreide importiert. Der tatsächliche Importbedarf wird je nach der heimischen Ernte ermittelt.

China begann mit den Getreideimporten in den 1950er Jahren, doch überschritten Getreideexporte die Importe viele Jahre lang. Nach der Rekordernnte des Jahres 1984 stiegen wiederum die Getreideexporte. Im Jahre 1987 überschritten die Exporte dann wiederum die Importe. Z.B. wurden im Jahre 1989 mehr als 16,5 Mio.t Getreide importiert, die Getreideexporte hielten sich jedoch unter 6,6 Mio.t. Weizen macht mehr als 90% des importierten Getreides aus.

In dem Presseartikel wurde vorausgesagt, daß angemessene Getreideimporte für einige Zeit nötig sein würden, um die Lücke zwischen dem heimischen Angebot und der Nachfrage zu schließen. Dies insbesondere auch deswegen, weil das Wetter in China nicht stabil ist. Die Ernte ist in großem Maße vom Wetter abhängig. Von Jahr zu Jahr können dramatische Unterschiede entstehen.

Schließlich mahnte der Artikel an, mehr Finanzmittel in der Landwirtschaft zu investieren. Die Landwirtschaft liege hinter der Industrie in bezug auf die Wirtschaftsentwicklung zurück. (CD, 25.6.90) -lou-

*(39)

Guangdong plant Großinvestitionen

Die Provinz Guangdong wird mehr als 170 Mrd.Yuan in Infrastrukturprojekte investieren. Wie der Vizegouverneur von Guangdong, Yu Fei, mitteilte, hat

die Zentralregierung in Beijing entsprechende Bankkredite für Entwicklungsprojekte in der Region zugesagt.

Vor einigen Wochen waren wiederum die von den "Denkfabriken" der Wirtschaftsinstitute in Beijing für den damaligen Parteichef Zhao Ziyang ausgearbeiteten Pläne zur bevorzugten Entwicklung der Küstenstädte und dortigen Sonderwirtschaftszonen aus den Schubladen geholt worden. Die erneute Anerkennung der Küstenprovinzen, die seit Juni 1989 so gut wie möglich Verordnungen aus Beijing ignoriert hatten, ist zwingend für die Führung geworden, da die Küstenprovinzen für den Staatshaushalt und durch den Exportboom für die Devisen sorgen. Das Wachstum in der Provinz Guangdong war zwischen 1979 und 1989 mit fast 13% jährlich um ein Drittel höher als im Durchschnitt Chinas.

Die in Guangdong gelegenen Sonderwirtschaftszonen konnten den Industrieausstoß 1989 trotz der Krise steigern: Shenzhen um 17%, Zhuhai um 28% und Shantou um 68%. Langsamer war das Tempo im 1.Quartal 1990 (4,4% für Guangdong). (HB, 28.6.90 und 31.5.90) -lou-

*(40)

Finanzsituation bleibt angestrengt

Auf einer nationalen Tagung über Finanzarbeit, die am 8.Juli 1990 in Beijing eröffnet wurde, gab Finanzminister Wang Bingqian Auskunft über die finanzielle Situation. Er erklärte, daß die gegenwärtige Finanzsituation angestrengt sei. Deshalb müsse man weiterhin dem Prinzip folgen, sowohl bei Finanzen als auch bei Krediten Zurückhaltung zu üben. Hinsichtlich der Erfüllung des staatlichen Budgets wurde gesagt, daß die Ergebnisse in der ersten Hälfte des Jahres 1990 nicht zufriedenstellend seien, und zwar aufgrund tiefliegender wirtschaftlicher Probleme.

Nach Statistiken des Ministeriums für Finanzen betragen die Staatseinnahmen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1990 insgesamt 121,94 Mrd. Yuan oder 39,7% der auf das ganze Jahr angelegten Budgetzahl. Die Einnahmen nahmen zwar um 10,5% im Vergleich zur Vorjahresperiode zu, doch diese Zunahme würde nur 5,8% ausmachen, wenn man jene Faktoren berücksichtigt, die nicht verglichen werden können. Die Staatsausgaben

beliefen sich in der genannten Periode auf 123,038 Mrd.Yuan, das waren 38,9% des Jahresbudgets. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres war dies ein Anstieg von 12,2%.

Wang Bingqian erklärte, daß das Budget nicht zufriedenstellend ausgeführt worden sei, weil die industrielle Produktion nur langsam zugenommen habe. Keine wirkliche Verbesserung sei erzielt worden hinsichtlich der Marktstruktur. Die Ausgaben seien ohne eine strikte Kontrolle scharf angestiegen. Insbesondere habe man dem Problem der ungenügenden wirtschaftlichen Effizienz in den Unternehmen nicht genügend Aufmerksamkeit in allen Bereichen der Gesellschaft gezollt. Deswegen mußte der Staat die Subventionen für verlustbringende Unternehmen erhöhen, während die Steuerzahlungen und die Gewinnabgaben der Unternehmen drastisch abnahmen.

Ein Vergleich zwischen den ersten fünf Monaten des Jahres 1990 und der entsprechenden Vorjahresperiode ergibt, daß der Bruttoproduktionswert der staatseigenen Industrieunternehmen, die dem Staatsbudget unterstehen, um 0,5% abnahm. Ihr Einkommen aus Verkäufen sank um 2,4%, ihre Gewinne nahmen um 59,4% ab, die an den Staat abgelieferten Gewinne sanken um 560 Mio.Yuan im Vergleich zu 4,921 Mrd.Yuan im Vorjahr. Die Zahl der Unternehmen, die Verluste einfuhren, stieg auf 34% gegenüber 20% im Vorjahr; die Verluste stiegen auf 10,698 Mrd.Yuan gegenüber 5,721 Mrd.Yuan im Vorjahr.

Wang Bingqian wies darauf hin, daß sich die Wirtschaftssituation verbessere, doch daß tiefliegende Wirtschaftsprobleme noch nicht gelöst worden seien. Deshalb könne man nicht blind optimistisch sein. Für eine weitere Zeit müsse man noch damit fortfahren, das wirtschaftliche Umfeld zu verbessern und die Wirtschaftsordnung zu rektifizieren sowie die Reform zu vertiefen.

Wang Bingqian betonte, daß es unter dem gegenwärtigen Verteilungssystem schwierig sei, in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 die Einnahmen beträchtlich zu erhöhen, falls keine effektiven Maßnahmen beschlossen würden. Die Finanzabteilungen aller Ebenen müßten nun große Aufmerksamkeit darauf verwenden, die Staatseinnahmen einzukassieren. Die Steuerabteilungen müßten die Steuererhebung verbessern

und die Steuern strikt entsprechend dem Gesetz erheben. Alle Gebietskörperschaften müßten dem Prinzip folgen, die Ausgaben innerhalb der Grenzen der Einkommen zu halten, die Interessen des Ganzen zu beachten und danach zu streben, einige Überschüsse zu erzielen, um das Staatsdefizit zu verringern. (Xinhua, 8.7.90, zit. nach SWB, 10.7.90) -lou-

*** (41)
Pachtdauer festgelegt**

Die chinesische Regierung hat Festlegungen zur Pachtdauer staatseigenen Grund und Bodens getroffen. In- und ausländische Nutzer für den Wohnungsbau können in den Städten Pachtverträge mit maximal 70jähriger Laufzeit abschließen.

Für die Entwicklung von Industrie, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Gesundheitswesen werden Grundstücke bis zu 50 Jahren, für Handelszwecke bis zu 40 Jahren verpachtet. Die Nutzungsrechte können durch Handelsverträge, Auktionen oder öffentliche Ausschreibungen erworben werden. (NfA, 22.6.90) -lou-

*** (42)
China modernisiert Verkehrssteuerung**

Die Volksrepublik China will im 8. Fünfjahrplan (1991-1995) ihr Transport- und Verbindungswesen, ein Schwerpunktgebiet im Konzept der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie, gezielt modernisieren und ausbauen. Dazu werden u.a. auch größere Mengen elektronischer Ausrüstungen benötigt.

Die Civil Aviation Administration of China (CAAC) plant in diesem Zusammenhang den Aufbau mehrerer regionaler Luftverkehrskontrollzentren, vor allem zur Überwachung des Flugverkehrs in den Städten Xi'an (Provinz Shaanxi), Chengdu (Sichuan) und Kunming (Yunnan). Sie sollen mit Satelliten-Bodenstationen, einer größeren Anzahl leistungsfähiger Radargeräte, Entfernungsfunkmeßanlagen, hunderten von VHF-Stationen und Einseitenband-Stationen ausgestattet werden.

Die Luftverkehrskontrolle in der VR China bedarf einer dringenden Verbesserung. Nur etwa ein Dutzend wich-

tiger Flughäfen (von mehr als 300 landesweit) verfügen über entsprechende, zumeist ältere Anlagen. Die Anzahl der Flugkontrollradars betrage etwas mehr als 20; damit könnte nur rd. 30% der insgesamt abzudeckenden Fläche eingesehen werden. Der Bedarf an Navigationssystemen werde derzeit lediglich zu 16%, an Landeinstrumenten zu rd. 40% gedeckt.

China möchte im Verlauf des 8. Fünfjahresplanes das Netz seiner Hauptstraßen um ca. 90.000 km (Bestand Ende 1989: 1,01 Mio.km) und seine Autobahnen um 1.500 km (326 km) verlängern. Hier sind u.a. elektronische Ausrüstungen zur Verkehrsregelung und Messung der Fahrzeuggeschwindigkeiten gefragt. Die Benutzung von Autobahnen ist gebührenpflichtig, und dies schafft Bedarf nach Einrichtungen zur Erfassung von Kraftfahrzeugen und Zahlstellen. Die bereits vorhandenen Autobahnen sind oft mit importierten Installationen bestückt.

Die 20 großen Rangierbahnhöfe des Landes sollen ebenfalls mit Radargeräten, Monitor- und Kontroll- sowie automatischen Alarmsystemen ausgerüstet werden. Die ozeangängige Schiffsflotte will ihre Sicherheits- und Rettungssysteme bis spätestens 1997 an die Standards der International Maritime Organization angleichen. Zahlreiche der rd. 300.000 Fischereiboote benötigen leistungsfähigere Navigations- und Funkeinrichtungen.

Von einem stärkeren Einsatz elektronischer Instrumente in Häfen, u.a. Anti-Kollisionsradars, verspricht man sich eine weitere Verkürzung der Schiffsfliegezeiten und die Reduzierung der Unfallhäufigkeit beim Frachtschlag. Neben der Modernisierung größerer Seehäfen - davon gibt es an der chinesischen Küste gut 100 - geht es vor allem auch um die Ausstattung von hunderten von bisher relativ vernachlässigten Binnenhäfen.

In China wurden 1988 für die zivile Nutzung 34 Boden-, 371 Luft- und 765 Schiffsradareinrichtungen hergestellt. Von den Bodenradars entfielen sechs auf Landegeräte für Flughäfen und 28 waren für meteorologische Zwecke vorgesehen. Installationen für Rangierbahnhöfe waren 1988 nicht produziert worden. Von den Luftradaranlagen entfielen 76 auf Doppler-Navigatoren und 295 auf Impulsmessern.

Zu den wichtigen Herstellern von Luftradareinrichtungen und -geräten sowie der Verkehrskontrolle und -sicherung auf Flughäfen ist die Changling Machinery Plant in der Provinz Shaanxi zu zählen. Radaranlagen für meteorologische Zwecke werden u.a. von der Nanjing Daqiao Machine Plant, für den Einsatz auf Schiffen von der Shanghai No.4 Radio Plant und der Liaoning No.2 Radio Plant gebaut. Die gesamte Sparte untersteht produktionstechnisch dem Ministerium für Maschinenbau und Elektronik. (NfA, 20.6.90) -lou-

*** (43)
Anti-Armutsbewegung**

Chinas landesweite Anti-Armutsbewegung, die vor fünf Jahren begonnen wurde, um Millionen von verarmten ländlichen Bewohnern Nahrung und Kleidung zu geben, hat neue Erfolge gebracht. Dies zeigt sich in der Tatsache, daß das jährliche Pro-Kopf-Einkommen für 70 Mio. ländlicher armer Einwohner nun über die Armutslinie von 200 Yuan gestiegen ist.

Das Ergebnis dieser Bewegung ist, daß die Gesamtzahl der ländlichen Einwohner, deren Einkommen unterhalb der Armutslinie liegt, von 110 Mio. im Jahre 1985 auf nur 40 Mio. Ende 1989 abgesunken sei.

Yang Yongzhe, der stellvertretende Chef der Führungsgruppe des Staatsrates für die wirtschaftliche Entwicklung armer Gegenden, erklärte, daß, falls der gegenwärtige Trend andauere, die Regierungsziele planmäßig erreicht werden könnten. Die Ziele liefen darauf hinaus, die grundsätzlichen Lebensbedürfnisse der meisten Menschen in den ländlichen Gegenden zu erfüllen.

Entsprechend dem Anti-Armutsprogramm, das vom Staatsrat im Jahre 1986 als allgemeine Politik formuliert worden war, sollen die meisten Menschen, die in Chinas armen und zurückgebliebenen ländlichen Gebieten leben, ausreichend Nahrung und Kleidung haben.

Das Armutproblem könne jedoch in einigen isolierten Gebieten nicht gänzlich gelöst werden, weil China solch ein großes Land sei und weil die Lage in bestimmten armen und unterentwickelten Gebieten unterschiedlich sei. Yang fügte hinzu, daß die grundlegen-

den Lebensbedürfnisse von Menschen in einigen der armen Gebiete des Südwestens und Nordwestens gegen Ende des Jahres 1990 nicht voll erfüllt werden können, wie dies die Regierung erhofft hatte.

Die Regierung hatte klargestellt, daß zur Verwirklichung des Ziels, die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Armutsgebieten voranzutreiben, längerfristige Anstrengungen vonnöten seien. Zu diesem Zweck habe der Staatsrat einen neuen Anti-Armutsplan für die nächsten 10 Jahre genehmigt.

Des weiteren habe die Regierung präferentielle Maßnahmen beschlossen, um die Entwicklung in den armen Gegenden voranzutreiben. Dazu gehörten einige Schlüsselprojekte, darunter geringere Steuerzahlungen durch jene Bauern, deren Einkommen unterhalb der Armutslinie liegt.

Die staatlichen Finanzmittel für dieses Anti-Armutsprogramm wird sich auf dem gegenwärtigen Niveau von 4 Mrd.Yuan pro Jahr belaufen. Diese Summe könne vor dem Jahre 2000 erhöht werden, in Abhängigkeit vom weiteren Wachstum der Staatseinnahmen.

Gegen Ende dieses Jahrhunderts, wenn das Ziel des "anfänglichen Wohlstands für das ganze Land" erreicht sei, werde auch das Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen für die ländliche Bevölkerung in den armen Gebieten erreicht sein, und zwar durch unterstützende Anstrengungen in den 1990er Jahren. Doch auch dann noch werde es einige Armutsprobleme in wenigen isolierten Gebieten geben. Diese Gebiete sind entlegene Regionen, die von Minoritäten bewohnt werden. Dort leidet man unter Wasserknappheit oder endemischen Krankheiten.

Yang teilte auch mit, daß der Lebensstandard von ca. 15-20% der gesamten armen Gebiete, in denen das Einkommen der Menschen einmal die Armutsgrenze überschritten habe, wiederum absinke, und zwar wegen unsicherer wirtschaftlicher Faktoren, wie beispielsweise Marktinstabilität und Naturkatastrophen. Gegenwärtig seien mehr als 13 Mio. Menschen und 7 Mio. Tiere, die in den armen Gebieten leben, immer noch ohne angemessene Trinkwasserversorgung. (CD, 30.6.90) -lou-

*(44)

Mangelhafte Verpackung führt zu Verlusten

Nach Angaben der in Beijing erscheinenden *China Trade Promotion Review* werden große Verluste dadurch verursacht, daß man wieder zu der alten Praxis der mangelhaften Verpackung zurückgeht. Nach Statistiken entsprechender Abteilungen betragen die durch mangelhafte Verpackung entstehenden Verluste jährlich 14 Mrd. Yuan, d.h. also nahezu 1% des Brutto-sozialproduktes des Landes.

Mehr als die Hälfte der Verluste entstanden bei Exportgütern. Eine sofortige Beachtung und Behebung dieser Mängel könne dazu beitragen, daß die Verluste geringer seien und daß der Ruf des Landes im Welthandel erhalten werden könne.

Im Juli 1989 wurden beispielsweise 229.000 Säcke Zucker im Gesamtgewicht von 11.600 t vom Hafen Huangpu in Shanghai nach Chittagong in Bangladesh verschickt. Als das Schiff in Chittagong ankam, waren 6.875 Säcke aufgerissen, 18.200 Säcke waren verschmutzt und 2.175 Säcke waren sonstwie beschädigt. Es mußten insgesamt 227.000 Yuan Kompensationszahlungen für die Verluste gezahlt werden.

Im Jahre 1989 verschickte eine chinesische Porzellanfabrik eine Sendung von Blumentöpfen in ein skandinavisches Land. Wegen der mangelhaften Verpackung bestand die Sendung nur noch aus Scherben, als sie entladen werden sollte. Im Bestimmungshafen forderte man den Kapitän des Schiffes auf, Gebühren für die Umweltverschmutzung zu zahlen.

Im Hafen von Xingang in Tianjin, der etwa ein Drittel aller chinesischen Güter, die per Schiff verschickt werden, abfertigt, kann man überall Getreide sehen, das auf den Boden herumliegt. Der Grund dafür sind schadhafte Säcke. Die Kompensationszahlungen für diese Verluste erreichten im Jahre 1989 allein an diesem Ort 12,5 Mio. Yuan.

Die Hauptgründe für die Verluste waren Mängel bei Verpackung, Management, Lagerung und Transport; hinzu kam die rohe Behandlung der Güter durch Arbeiter.

Trotz aller bestehenden Mängel habe das Land indes große Fortschritte in der Verpackungsindustrie in den letzten Jahren gemacht. Beispielsweise seien in dem Zeitraum zwischen 1984 und 1989 die Verluste um 5 Mrd.Yuan gesenkt worden. Im 8. Fünfjahresplan (1991-1995) ist ein Sonderplan für die Entwicklung der Verpackungsindustrie enthalten.

Aufgrund dieses Planes wird der Umfang der Plastikverpackungsprodukte des Landes bis zum Jahre 1995 zwischen 1,05 und 1,1 Mio.t erreichen. Verpackungsmaterialien für Glasprodukte werden einen Umfang von 5,49 Mio.t und für Metallverpackungsmaterialien von 920.000 t haben. Auch die mit Verpackung verbundene Druckindustrie soll eine fortgeschrittenere Technologie erhalten. China wird 288.000 Einheiten der Verpackungsmaschinerie herstellen, um das Niveau der Verpackungen zu erhöhen.

Im Jahre 1989 betrug der Produktionswert der Verpackungsindustrie 27,5 Mrd.Yuan; im Jahre 1980 betrug dieser Wert nur 7 Mrd.Yuan. Die Wachstumsrate für die genannte Periode beträgt also durchschnittlich jährlich 15%. (CD, 3.6.90) -lou-

Taiwan

*(45)

Leichte Einbußen der Regierungspartei bei Gemeindewahlen

Am 16.Juni fanden die Gemeindewahlen der Provinz Taiwan und der provinzfremden Städte Taipei und Gaoxiang (Kaohsiung) statt. Nach den vorliegenden bekanntgegebenen Ergebnissen entfielen von den gewählten 3.780 Gemeinderäten der Provinz Taiwan 2.909 (76,96%) auf die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, im folgenden GMD), 74 (1,95%) auf die Opposition Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD), 4 (0,1%) auf andere Splitterparteien und 793 (20,97%) auf Parteilose.

Von den 6.416 gewählten Dorf- und städtischen Nachbarschaftsältesten der Provinz Taiwan entfielen 4.741